

«Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft»

Medienmitteilung 26. Oktober 2012

Die Regierung verletzt das Gesetz über die politischen Rechte

Für die Botschaft zur Verfassungsinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ scheint die Regierung viel Zeit zu brauchen – mehr als ihr rechtlich zustehen würde. Die Initianten der Kohleinitiative fordern darum, dass die Regierung die Botschaft zur Initiative unverzüglich publiziert.

Die Initiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ wurde am 18. Oktober 2011 von den 14 beteiligten Organisationen mit 4427 gültigen Unterschriften eingereicht. Gemäss dem kantonalen Gesetz über die politischen Rechte müsste die Botschaft der Regierung zur Kohleinitiative bereits auf dem Tisch sein. In Artikel 68 steht: „Zustande gekommene Initiativen unterbreitet die Regierung mit ihrer Botschaft innert einem Jahr seit der Einreichung dem Grossen Rat“. Die Frist für die Präsentation der Botschaft an den Grossen Rat ist also überfällig. Die Regierung verletzt somit die klaren Fristen gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte. Das Initiativkomitee fordert die Regierung auf, die entsprechende Botschaft zur Initiative unverzüglich zu publizieren.

Weitere Infos:

Anita Mazzetta, WWF Graubünden, 076 500 48 18

Johannes Pfenninger, SP-Grossrat, 079 610 29 15

Jürg Kappeler, GLP-Grossrat, 079 606 71 37

